

DIE WEIN-KOLUMNE

Die Weine der Zukunft

Für ökonomisch erfolgreichen Weinbau muss intensiv Pflanzenschutz betrieben werden. Das ist nicht nachhaltig. Seit Jahren versuchen Winzer-Initiativen, das zu ändern – mit Erfolg

Anfang des Jahres veröffentlichte die den Grünen nahe Heinrich-Böll-Stiftung einen Pestizid-Atlas. Er zeigt, dass für ökonomisch erfolgreichen Weinbau intensiv Pflanzenschutz betrieben werden muss. Der Behandlungsindex vergleicht dabei verschiedene Kulturen und kommt zu dem Schluss, dass nur Äpfel intensiver gespritzt werden müssen als Wein.

Die Anfälligkeit der Reben hat viele Gründe. So wurden die Pilzkrankheiten, die den Winzern heute besonders zu schaffen machen, im 19. Jahrhundert aus Amerika eingeschleppt. Amerikanische Reben sind resistent, ergeben aber nicht so gute Weine wie europäische.

Schon früh kamen Pflanzenzüchter auf den Gedanken, die beiden Rebenspezies zu kreuzen. Erste Versuche wurden in den 1930er Jahren gemacht. Danach wurde das Thema vernachlässigt. Seit etwa 30 Jahren nimmt die Idee aber wieder Fahrt auf. Auch weil man in Zeiten von Ressourcenknappheit neue Wege braucht, um Weinbau nachhaltiger zu gestalten.

Mittlerweile gibt es eine Vielzahl solcher Kreuzungen – und immer mehr Winzer, die sich darum bemühen. Denn die Fakten überzeugen.

Sind in einem Biobetrieb im Schnitt 10 Spritzungen pro Jahr nötig, reichen bei diesen Züchtungen zwei Überfahrten. Das spart pro Behandlung 40 Kilogramm CO₂ auf den Hektar. Ganz zu schweigen von Arbeitszeit und Wasser sowie die Effekte durch eine geringere Bodenverdichtung.

Die Weine überzeugen zudem in Qualität und Geschmack. Ein großes Problem bleibt



ROMANA
ECHENSPERGER

„Amerikanische Reben sind resistent, ergeben aber nicht so gute Weine wie europäische. Schon früh kam man auf den Gedanken, die beiden Spezies zu kreuzen



allerdings: die Vermarktung. Die Sorten haben nichts mit Gentechnik zu tun, wie oft gemutmaßt wird. Zudem orientieren sich Verbraucher oft an den Namen der Rebsorte. Doch mit Namen wie „Johanniter“ oder „Phoenix“ können sie nichts anfangen. Hinzu kommt der Überbegriff „Pilzwidertandsfähige Rebsorten“ – kurz PIWI. Ein Wort, das weder Genuss noch Freude ausstrahlt.

Winzer und Winzerinnen wie zum Beispiel Hanneke Schönhals wollen das ändern. Zusammen mit Kollegin Eva Vollmer hat sie überlegt, wie man das Thema besser kommunizieren kann. Sie kamen auf den Namen „Zukunftsweine“ und haben eine Initiative gegründet. Sie wollen über diese Rebsorten informieren, aber auch den Kollegen Fachwissen und Erfahrungsaustausch anbieten. Hinzu kommt das ansprechende Design, das Lust auf die Weine macht. Ein Konzept, das so überzeugt, dass das kleine Team für den Deutschen Nachhaltigkeitspreis 2023 nominiert wurde.

Wer sich von der Qualität überzeugen möchte, dem sei der Cabernet Blanc von Frau Schönhals empfohlen. Der Wein läuft hell limonengelb ins Glas. Der Duft ist intensiv, fruchtig und erinnert an Sauvignon Blanc. Es zeigen sich Aromen von Stachelbeeren, Kiwi, grüner Apfel, Anis, Minze und Melisse. Der Wein ist saftig, frisch und überzeugt mit moderaten 11 Prozent Alkohol. Es ist ein süffiger wie frischer Weißwein, der viel Trinkfreude bietet.

2021 Cabernet Blanc „Zukunftswein“, Weingut Schönhals, Rheinhessen, 8,50 Euro
» www.zukunftsweine.de

In ihrer Kolumne gibt sie den Weinfreunden unter unseren Leserinnen und Lesern Tipps, worauf es beim Weingenuss ankommt und mit welchen zum Teil einfachen Mitteln er sich noch weiter steigern lässt. Daneben gibt sie regelmäßige Empfehlungen für handwerklich vorzüglich gemachte Weine, die Genuss pur versprechen

Unsere Wein-Kolumne

Unsere Kolumnistin Romana Echensperger ist Sommelière und darf sich seit 2015 auch „Master of Wine“ nennen – der Titel gilt als eine der höchsten Auszeichnungen für Experten. International dürfen sich nur 340 Absolventen aus 24 Ländern so nennen. Romana Echensperger arbeitet im In- und Ausland als Dozentin und Beraterin.

Auch kurz vor dem Jahreswechsel gibt es im Dezember 2022 noch Neuerungen, die Verbraucher im Blick haben sollten. Ob Zugfahrpläne, Warnsysteme oder Soforthilfen: Wir haben die wichtigsten Veränderungen zusammengefasst.

Dezember-Abschlag für Gas und Fernwärme wird übernommen

Um den Druck der gestiegenen Energiepreise in Deutschland zumindest etwas abzufedern, hat die Bundesregierung einige Maßnahmen beschlossen und arbeitet an weiteren. Eine dieser Maßnahmen greift im Dezember. Denn für diesen Monat sollen Verbraucherinnen und Verbraucher von ihren Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme befreit werden. Konkret geht es um sogenannte Letztverbraucher von leitungsgebundenem Erdgas sowie um Wärmekunden.

Wie funktioniert das konkret? Wer ein einzelnes Haus besitzt, zahlt im Dezember schlicht keinen Abschlag. Mieterinnen und Mieter zahlen ihre Nebenkostenvorauszahlung im letzten Monat des Jahres hingegen wie gewohnt. Sie erhalten die Soforthilfe dann über die jährliche Heizkostenabrechnung – das kann allerdings dauern. Ebenso läuft die Entlastung für Mitglieder von Eigentümergemeinschaften ab.

Rentner bekommen Energiepauschale ausgezahlt

Eine weitere Maßnahme der Bundesregierung ist – oder war – die Energiepauschale. Denn an Beschäftigte wurden die 300 Euro bereits ausgezahlt. Nun sind auch Rentnerinnen und Rentner an der Reihe. Sie bekommen die Pauschale im letzten Monat des Jahres, geplant ist die Auszahlung spätestens bis zum 15. Dezember. Und das auch dann, wenn sie nebenbei noch angestellt sind und die Energiepauschale für Beschäftigte bereits erhalten haben.

Warntag mit SMS

Warntage sind in Deutschland keine Besonderheit. So werden beispielsweise regelmäßig die Sirenen in Städten und Kreisen auf ihre Funktionalität getestet.

Verbraucher Soforthilfen, Zugfahrten, Warn-SMS

Das ändert sich im Dezember 2022



Ab 11. Dezember gilt bei der Bahn ein neuer Fahrplan.

Am 8. Dezember ist wieder ein Warntag geplant, zu den Sirenen kommt dann allerdings ein neues Warnsystem hinzu: Cell Broadcast. Um 11 Uhr sollen alle im deutschen Netz eingewählten Mobiltelefone eine entsprechende SMS erhalten. Im Vergleich zu Warn-Apps oder auch herkömmlichen Warnsystemen hat Cell Broadcast Vorteile. An-

lass für die Einführung dieses zusätzlichen Systems war die Flut im Ahrtal im vergangenen Sommer.

Fristen für pünktliche Post zu Weihnachten

Weihnachten steht vor der Tür, das bedeutet auch alljährlich ein volles Programm für die Post. Grußkarten werden verschickt

und Geschenke sollen rechtzeitig ankommen. Deshalb setzt die Deutsche Post in jedem Jahr Fristen, bis zu denen Briefe und Pakete verschickt sein sollten, um pünktlich unter dem Weihnachtsbaum zu liegen.

So sollten Briefe spätestens bis zum 22. Dezember versendet werden. Damit Pakete rechtzeitig zum Weihnachtsfest ankommen, sollten diese spätestens bis zum 20. Dezember eingeliefert werden.

Diese Fristen gelten jeweils für Zieladressen in Deutschland. Wer Briefe oder Pakete ins Ausland verschicken möchte, muss diese teils deutlich früher aufgeben. Eine genaue Auflistung findet sich auf der Website der Deutschen Post.

Wer sich für den Versand seines Weihnachtspakets nicht extra in die Warteschlange in der Postfiliale stellen möchte, hat mittlerweile einige alternative Möglichkeiten, sein Geschenk auf die Reise zu schicken.

Deutsche Bahn: Mehr Verbindungen, höhere Preise

Am 11. Dezember gilt bei der Deutschen Bahn (DB) ein neuer Fahrplan. Wichtige Strecken sollen dann häufiger und schneller bedient werden. Dazu gehören unter anderem auch Verbindungen zwischen Köln und München sowie zwischen Köln und Hamburg. Zeitgleich erhöht die DB allerdings auch die Preise, durchschnittlich fünf Prozent müssen Kundinnen und Kunden im Fernverkehr dann mehr zahlen.

Telefonische Krankschreibung wird verlängert

Wer krank ist und sich entsprechend bei seiner Arbeit krankmelden muss, kann die entsprechende Bescheinigung vom Arzt auch per Telefon bekommen. Diese Regelung wäre eigentlich Ende November ausgelaufen, der Gemeinsame Bundesausschuss von Ärzten, Krankenkassen und Kliniken hat sich jedoch dazu entschieden, sie bis Ende März 2023 zu verlängern. Mit dieser im Vergleich zum herkömmlichen Arztbesuch deutlich einfacheren Variante sollen Arztpraxen angesichts der Coronakrise und Grippesaison entlastet werden. (dpa)